Kantonsrat St.Gallen 42.06.31

Motion Widmer-Wil / Sturzenegger-Flums / Denoth-St.Gallen / Hermann-Rebstein / Jud-Schmerikon:

«Revision der Feuerschutzgesetzgebung

Im November 2006 hat die Regierung gegen den breiten Widerstand bei der Vernehmlassung auf dem Verordnungsweg verschiedene grundlegende Änderungen des Feuerschutzrechtes vorgenommen. Die Anpassungen erfolgten trotz eines pendenten Postulates, welches zuerst einen Bericht über den Stand des Feuerwehrwesens und die aktuellen bzw. zukünftigen Herausforderungen verlangte.

Dieses Vorgehen und die entsprechende mangelhafte Kommunikation haben grossen Unmut hervorgerufen. Um die Kräfte in diesem wichtigen Sicherheitsbereich zu bündeln, ist deshalb eine breit abgestützte Grundsatzdiskussion über die zukünftige Ausrichtung des Feuerwehrwesens mit allen betroffenen Partnern des Bevölkerungsschutzes dringend angezeigt.

Die Regierung wird eingeladen, die aktuelle Feuerschutzgesetzgebung zu überprüfen und unter Beachtung der folgenden Rahmenbedingungen in einer modernisierten Form dem Kantonsrat vorzulegen:

- Ausrichtung des Feuerwehrwesens auf die zukünftigen Leistungserfordernisse;
- Bestmögliche Zusammenarbeit aller Partner des Bevölkerungsschutzes im Verbund;
- Stärkung der Verantwortung und der Kompetenzen in den Gemeinden;
- Trennung der Feuerschutzaufgaben bzw. des Amtes für Feuerschutz von der Gebäudeversicherungsanstalt und Angliederung an das neue Sicherheitsdepartement.»

29. November 2006

Widmer-Wil Sturzenegger-Flums Denoth-St.Gallen Hermann-Rebstein Jud-Schmerikon